

Streit um Zukunft des Automotors

Berlin (dpa) Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat Forderungen eine Absage erteilt, ab 2030 keine neuen Benzin- und Dieselaautos mehr zuzulassen. „Ein komplettes Aus von Verbrennungsmotoren ab 2030 ist vollkommen unrealistisch“, sagte der CSU-Politiker. Das Datum sei „einfach Unsinn“. Es sei richtig, Elektromobilität zu fördern – aber es werde parallel noch über lange Zeit Verbrennungsmotoren geben. Dobrindts Kabinettskollegin Barbara Hendricks (SPD) unterstützt die Forderung dagegen. Es sei wichtig, dass die deutsche Automobilwirtschaft sich rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen einstelle, teilte die Umweltministerin mit. „Die deutschen Ingenieure sind ohne Weiteres in der Lage, bis 2030 emissionsfreie Autos für alle zu bauen.“

Hendricks begrüßte eine Stellungnahme des Bundesrates vom September, in der das Ziel genannt wird, ab 2030 in der EU nur noch emissionsfreie Pkw zuzulassen. Dafür machen sich unter anderem die Grünen stark. „Wer Klimaschutz und die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Europa sinnvoll verbinden will, muss jetzt ambitionierte Rahmenbedingungen setzen“, sagte Parteichefin Simone Peter. CSU-Chef Horst Seehofer hielt dagegen: „Ich habe nicht die Absicht, die Axt an die Wurzel einer Schlüsselindustrie zu legen“, sagte er. Die Bundesregierung berät derzeit den Entwurf eines Klimaschutzplans aus dem Umweltministerium. Darin heißt es, aus dem Ziel eines weitgehend treibhausgasneutralen Verkehrs bis 2050 und der Nutzungsdauer von Fahrzeugen ergebe sich „der Maßstab für die CO₂-Emissionen neuer Fahrzeuge ab 2030“.

Sparbriefe/ Festgeld

Konditionen für 5.000 Euro

Anbieter-Auswahl	Laufzeit in Jahren		Zinsen*
	6	8	
Deniz-Bank	1,50	1,60	467,22
Crédit Agricole	1,41		438,18
AKF Bank	1,30	1,30	390,00
Cronbank	1,25	1,50	386,90
Oyak Anker Bank	1,20	1,45	372,70
CreditPlus Bank	1,20		370,98
Hanseatic-Bank	1,20		370,98
NIBC Direct	1,15	1,20	355,07
BKM - Bauspks. Mainz	1,06	1,16	326,54
VON ESSEN Bank	1,00	1,50	307,60
Deutsche Bank	0,15	0,25	45,17
Schlechtester Anbieter	0,01	0,05	3,00

Trend: leicht fallend

*in Euro bei einer Laufzeit von 6 Jahren

QUELLE: BIALLO.DE STAND: 10.10.2016



ABONNENTEN KÖNNEN EINE DREISEITIGE ÜBERSICHT VON ZINSKONDITIONEN KOSTENLOS AUS DEM INTERNET HERUNTERLADEN:

WWW.SUEDKURIER.DE/ABOVORTEIL-TIPP

NACHRICHTEN

ÖSTERREICH Gläubiger einigen sich mit Hypo Alpe Adria

Die Einigung zwischen Österreichs Krisenbank Hypo Alpe Adria und deutschen Finanzinstituten ist geglückt. Fast 99 Prozent der Gläubiger haben das Rückkaufangebot der Alpenrepublik angenommen, wie der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fond mitteilte. Es ist das Ende eines langen und milliardenschweren Streits. Der neue Deal, der offiziell von Seiten des Bundeslandes Kärnten vorgelegt wurde, sieht eine Rückzahlung von 90 Prozent der investierten Gelder vor. (dpa)

ALDI Discounter verkauft künftig auch E-Books

Deutschlands größter Discounter Aldi verkauft künftig auch E-Books. Der Handelsriese kündigte an, er werde am 20. Oktober sein Angebot „Aldi life E-Books“ mit über einer Million deutsch- und englischsprachigen Titeln starten. Auswahl, Kauf und Lektüre sollen über eine eigene App erfolgen. (dpa)

BAYER Baumann will keine Genpflanzen anbieten

Der Chemiekonzern Bayer will auch nach der Übernahme des US-Saatguterstellers Monsanto keine genveränderten Pflanzen in Europa anbieten. „Wenn die Politik und die Gesellschaft in Europa genverändertes Saatgut nicht möchten, dann akzeptieren wir das, auch wenn wir inhaltlich anderer Meinung sind“, sagte Bayer-Chef Werner Baumann. Monsanto stellt gentechnisch veränderte Nutzpflanzen her. (AFP)

MÄRKTE

Ferkel

Aktuelle Ferkelpreisnotierung der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume Schwäbisch-Gmünd vom 01.10. – 07.10.: Durchschnittspreise pro 25 kg Ferkel ohne MwSt. Der Zuschlag für Mehrgewicht beträgt je nach Vermarktungsunternehmen 1,00 €/kg. Die angegebenen Preisspannen beziehen sich auf die Minimum- und Maximumpreise der einzelnen Vermarkter. Preis der 200er-Gruppe (Ferkel in einer Gruppe mit ca. 200 Tieren, einheitlicher Gewicht, mit QS-Status, ab Hof, ohne Impfungen): 51 – 56 €. Durchschnittspreis 53,80 € (unverändert).



Mit der Nobelpreis-Medaille ausgezeichnet: Der gebürtige Brite Oliver Hart aus Harvard.

Der Finne Bengt Holmström forscht am MIT in Cambridge bei Boston. BILDER: DPA

Preis für Vertragstheoretiker

- Hart und Holmström erhalten Nobel-Medaille
- Ökonomen müssen sich das Preisgeld teilen

Stockholm (AFP) Für ihre bahnbrechenden Forschungen zur Ausgestaltung von Verträgen erhalten der US-Brite Oliver Hart und der Finne Bengt Holmström den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Ihre Theorien seien „wertvoll für das Verständnis von Verträgen und Institutionen sowie von potenziellen Fallstricken bei der Vertragsgestaltung“, erklärte das Preisgremium in Stockholm.

Hart und Holmström haben getrennt voneinander zur Vertragstheorie geforscht und teilen sich das Preisgeld von umgerechnet 826 000 Euro. Er sei um 4.40 Uhr US-Zeit aufgewacht und habe sich gefragt, ob es nicht schon zu spät sei, um in diesem Jahr als Preisträger informiert zu werden, erklärte Hart. „Aber glücklicherweise hat das Telefon geklingelt.“ Er habe erst einmal seine Frau umarmt, seinen jüngeren Sohn geweckt und mit seinem Co-Preisträger telefoniert, sagte der 1948 in London geborene Harvard-Professor.

Überrascht und glücklich

Holmström sagte per Video-Liveschaltete vor Journalisten in Stockholm, er sei „sehr überrascht und sehr glücklich“. Der 67-jährige Finne ist bekannt für seine Forschung, wie Verträge und Prämien sich in Unternehmen auswirken und wie Zahlungsprobleme in Finanzkrisen wirken. Über Liquidität schrieb er 2011 ein Buch – gemeinsam mit dem Franzosen Jean Tirole, der vor zwei Jahren

mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet worden war. Auf die Frage von Journalisten, ob Bonuszahlungen heutzutage zu hoch seien, antwortete Holmström diplomatisch: „Meine Theorien beziehen dazu keine Stellung.“

Er finde aber persönlich, dass die Verträge von Top-Managern „heute zu kompliziert“ seien. In den vergangenen Jahren habe sich jedoch verbessert, „dass sie nicht alles binnen kürzester Zeit bekommen, sondern über die Zeit“, betonte der Professor, der am Massachusetts Institute of Technology lehrt. Zwischen 1999 und 2012 saß er im Aufsichtsrat des finnischen Telekommunikationsriesen Nokia.

Während Holmström vor allem Ende der 70er-Jahre zur Vertragstheorie forschte, lieferte Hart Mitte der 80er-Jahre grundlegende Impulse für sogenannte unvollständige Verträge als neuen Teilbereich. „Weil es nicht möglich ist, in jedem Vertrag jede Eventualität zu berücksichtigen“, helfe diese Theorie, unter welchen Umständen welche Entscheidungen getroffen werden sollten, erklärte die Jury. Harts Forschung fand Anwendung bei Fragen danach, wie bei Fusionen von Firmen der richtige Mix bei der Finanzierung durch Schulden und Eigenmittel aussieht und unter welchen Umständen Schulen oder Gefängnisse privat oder öffentlich betrieben werden sollten.

Der Wirtschafts-Nobelpreis geht im Gegensatz zu den anderen Preisen nicht direkt auf das Testament des Preisstifters Alfred Nobel zurück. Er wurde 1968 von der Schwedischen Reichsbank in Gedenken an Alfred Nobel ins Leben gerufen und wird seit 1969 verliehen. Seither gab es 78 Preisträger, davon 56 aus den USA.

KOMMENTAR

Und täglich grüßt das Murmeltier

VON THOMAS DOMJAHN



Es ist wie (fast) jedes Jahr: Der Wirtschaftsnobelpreisträger ist männlich, weißer Hautfarbe und lehrt an einer renommierten US-Universität. Auch altersmäßig entsprechen der Engländer Oliver Hart, 68, und der Finne Bengt Holmström, 67, dem Durchschnittsalter aller Preisträger. Insofern setzt das Nobelpreis-Komitee eine zweifelhafte Tradition der seit 1969 vergebenen Auszeichnung fort. Die Debatte, ob das Komitee junge Wissenschaftler, die außerhalb der USA forschen, zu wenig im Blick hat, erhält somit neue Nahrung.

Nicht zur Debatte stehen dagegen die Qualität und Relevanz der Forschung der beiden diesjährigen Preisträger. Gerade im Zuge der Finanzkrise wurde oft der Vorwurf geäußert, die Wirtschaftswissenschaften seien zu realitätsfremd. Diese Kritik prallt an den Werken von Hart und Holmström ab. Denn ihre Forschung zu den erwünschten und unerwünschten Nebenwirkungen von Vertragsabschlüssen ist hoch relevant. Ob Arbeitsvertrag, Ehevertrag oder Mietvertrag: In fast allen Lebensbereichen spielen Kontrakte eine wichtige Rolle. Ohne moralisch zu werten, analysieren Hart und Holmström, wie Verträge unser Verhalten über Anreize beeinflussen – und leisten damit einen wichtigen Beitrag, um Fehlansätze zu vermeiden.

DIE AKTUELLE ÖKONOMISCHE FRAGE

Droht nun Altersarmut?



Andrea Nahles hat Recht: Das Rentenniveau wird sinken. Aber wenn wir bis 67 arbeiten, könnte zumindest die reale Kaufkraft der Rentner steigen.

VON FRIEDRICH BREYER

Bundessozialministerin Andrea Nahles hat endlich einmal ausrechnen lassen, wohin unser Rentensystem langfristig steuert: Bis 2045 wird das Rentenniveau von derzeit 47,8 Prozent auf 41,6 Prozent sinken, und gleichzeitig steigt der Beitragssatz von heute 18,7 auf 23,5 Prozent. Die zweite Botschaft wird gerne überhört, aber die erste hat sofort Forderungen nach einer Änderung der Rentenformel laut werden lassen, die das Abgleiten des Rentenniveaus verhindern soll, weil sonst ein gravierender Anstieg der Altersarmut drohe. Und auch Frau Nahles selbst hat eine große Rentenreform für den November angekündigt, auch wenn sie die Erwartungen älterer Wähler gleich dämpfte, denn „der Beitragssatz dürfte

auch nicht in den Himmel schießen“. Aber stimmt es überhaupt, dass in 30 Jahren Altersarmut droht, wenn das Rentenniveau absinkt wie berechnet? Nein, das ist ein Riesenirrtum, und der hat mit dem missverständlichen Begriff „Rentenniveau“ zu tun. Darunter ist nämlich nicht die durchschnittliche Höhe der Renten zu verstehen und erst recht nicht deren Kaufkraft, sondern lediglich die Relation zwischen der Rentenhöhe eines Standardrentners und dem monatlichen Durchschnittslohn eines Arbeitnehmers.

Die Reallöhne (nach Abzug der Inflationsrate) steigen aber mit der Zeit – im langfristigen Durchschnitt jedes Jahr um 1,5 Prozent. Von 2016 bis 2045 ergibt das ein kräftiges Wachstum um insgesamt 54 Prozent. Aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel, der das zunehmende Zahlenverhältnis zwischen Rentnern und Arbeitnehmern berücksichtigt, steigen die Renten etwas langsamer, aber immer noch um 34 Prozent. Aber selbst diese Rechnung ist noch zu pessimistisch, denn sie unterstellt, dass der Standardrentner 45

Jahre lang zum Durchschnittsverdienst gearbeitet hat, nämlich vom 20. bis zum 65. Lebensjahr. Dabei vergisst Andrea Nahles, dass das Renteneintrittsalter schon seit 2012 nicht mehr bei 65 Jahren liegt, sondern bis 2031 stufenweise auf 67 Jahre erhöht wird. Der Standardrentner des Jahres 2045 verfügt also über 47 Beitragsjahre und einen entsprechend höheren Rentenanspruch. Damit hat er sogar 40 Prozent mehr Kaufkraft als ein heutiger Rentner.

Zweifelhafte Armutsmessung

Das allein beantwortet die Frage nach dem Entstehen von Altersarmut allerdings nicht, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen steigt auch die Armutsgrenze mit der Zeit an, denn ironischerweise messen wir Altersarmut durch den Bezug von Grundsicherung nach dem Motto „Arm ist, wem aus der Not geholfen wird“, und das Niveau dieser Sozialleistung wird auch jedes Jahr angehoben, wobei neben der Preisentwicklung auch die Lohnentwicklung berücksichtigt wird. Langfristig kann man damit rechnen, dass die Grundsicherung (ebenfalls zusätzlich zum Inflationsausgleich) jährlich um 0,5 Prozent steigt, was sich bis zum Jahr 2045 auf 16 Prozent summiert. Das bedeutet, dass sich die Durchschnittsrente trotz Abgleiten des Rentenniveaus nicht zur Armutsgrenze hin, sondern von ihr wegbewegt.

Zum anderen könnte die Altersarmut dennoch zunehmen (und zwar von heute 3 Prozent aller Menschen im Rentenalter auf 5-6 Prozent), weil die Problemgruppen größer werden, die deutlich weniger Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben als der durchschnittliche Arbeitnehmer. Dies sind vor allem Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose und Soloselbstständige (zum Beispiel Imbissbudenbesitzer). Denen ist aber mit einer allgemeinen Anhebung des Rentenniveaus um wenige Prozentpunkte nicht geholfen, weil ihre Rentenansprüche entweder bei null liegen (Soloselbstständige) oder doch weit unterhalb der Armutsgrenze.

Eine Stabilisierung des Rentenniveaus auf mehr als die 43 Prozent, die heute schon im Gesetz stehen, löst also

das Problem der Altersarmut nicht. Noch dazu ist sie extrem teuer, denn bei einer Festschreibung auf die heutigen knapp 48 Prozent würde der Beitragssatz in 30 Jahren bei 26,5 Prozent liegen. Der typische „Babyboomer“, der heute um die 50 ist, sollte nicht darauf vertrauen, dass die arbeitende Bevölkerung des Jahres 2045 bereit ist, so viel von ihrem Einkommen abzugeben.

Irgendwann kommt ein Schröder II und verkündet mit einer „Agenda 2040“, dass leider der Standort Deutschland in Gefahr ist, wenn die Renten nicht erheblich gesenkt werden. Frau Nahles ist daher zu raten, die Untergrenze des Rentenniveaus bei 43 Prozent zu belassen und durch die Aktualisierung des Standardrentners auf 47 Beitragsjahre dafür zu sorgen, dass diese bis auf weiteres eingehalten wird, ohne Wahlschenke auszuteilen, die in der Zukunft gar nicht eingelöst werden können.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.